

4258/J XXI.GP

Eingelangt am: 19.08.2002

ANFRAGE

des Abgeordneten Grünewald, Freundinnen und Freunde
an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft & Kultur
betreffend Kosten der Werbekampagne "Die Uni-Reform bringt's"

Seit Anfang August macht das Ministerium für Bildung, Wissenschaft & Kultur Werbung für das am 1. Oktober in Kraft tretende Universitätsgesetz 2002. Unter dem Motto "Die Uni-Reform bringt's" werden an allen Universitätsstandorten Plakate affiziert, auf denen das von einem Großteil - die zu 90% ablehnenden
Stellungnahmen sowie die repräsentative Umfragen der Dienststellenausschüsse aller Universitäten haben das klar erwiesen - der Universitätsangehörigen und Studierenden heftigst kritisierte UG 2002 angepriesen wird.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

- 1) Warum wird diese Kampagne durchgeführt und warum ausgerechnet jetzt, nachdem das Gesetz beschlossen ist?
- 2) Wenn die Kampagne schon notwendig erscheint, warum beschränkt man sich nicht auf Plakate rund um die Universitäten, sondern affiziert diese auch an öffentlichen Plätzen oder Autobahnausfahrten?
- 3) Wieviel kostet die genannte Werbekampagne?
- 4) Aus welchen Mitteln wird diese Kampagne finanziert?
- 5) Gibt es Ihrer Meinung nach im universitären Bereich keine anderen Möglichkeiten, diese Mittel sinnvoll einzusetzen?
- 6) Wäre es nicht beispielsweise sinnvoller gewesen, statt in die Werbung in die universitäre Forschung zu investieren, für die es im Jahr 2003 keine zusätzlichen Forschungssondermittel mehr gibt?

- 7) Ist es gerechtfertigt, angesichts der dringend notwendigen Sanierungstätigkeiten etwa im Neuen Institutsgebäude (NIG) der Uni Wien oder dem fertiggeplanten Ersatzbau für die Geisteswissenschaftliche

Fakultät der Uni Salzburg (Unipark Nonntal), benötigte finanzielle Mittel in eine Werbekampagne fließen zu lassen?

- 8) Wäre nicht einzelnen Studierenden, die durch die Einführung der Studiengebühren in finanzielle Bedrängnis geraten sind, mit dem Geld mehr gedient?
- 9) Ist es Ihrer Ansicht nach gerechtfertigt, ein Gesetz derart zu bewerben, das von einer Mehrheit der Betroffenen eindeutig abgelehnt wird?
- 10) Halten Sie es gerade im Bereich von Wissenschaft und Forschung für legitim, den Stehsatz "Die Unireform bringt's" als ausreichende wissenschaftliche, redliche und für alle nachvollziehbare Begründung des beschlossenen Gesetzes anzusehen?